



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An die
Energie-Control GmbH
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Beilagen

LAD1-VD-17661/063-2011

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

- Bezug

BearbeiterIn
Dr. Michael Hofer

(0 27 42) 9005

Durchwahl
15337

Datum
28. November 2011

Betrifft
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012

Die NÖ Landesregierung nimmt zum Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012), wie folgt Stellung:

Allgemeines:

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 27.9.2011, V 59/09-14, die Systemnutzungstarife-Verordnungen 2006 (inklusive Novellen) und 2010 aufgehoben. Weiters hat er die Systemnutzungstarife-Verordnung 2010-Novelle 2011 mit Ablauf des 31.3.2012 aufgehoben. Der vorliegende Entwurf berücksichtigt nicht diesen Umstand. Es wäre vor Erlassung der SNE-VO 2012 zu klären, welche Auswirkungen die Aufhebung auf die Netzbetreiber und auf den vorliegenden Entwurf hat.

In der Promulgationsklausel sollten auch die §§ 51 und 58 EIWOG 2010 angeführt werden.

Zu den Tarifen ist allgemein festzuhalten, dass die wiederholt geforderte stärkere Gewichtung der Leistungspreise, insbesondere in der Netzebene 7 nicht Eingang gefunden hat. Die stärkere Gewichtung der Leistungs- und Grundpreise verfolgt den Grundsatz der Verursachergerechtigkeit, da die Netzdimensionierung maßgeblich durch die Leistungsspitzen beeinflusst wird.

Weiters wird angemerkt, dass der Entwurf nachstehende tarifliche Änderungen vorsieht, die kritisch gesehen werden:

- Anhebung der Systemdienstleistung um über 20 %
- Verdoppelung des Leistungspreises für Pumpstrom sowie eine weitere Erhöhung des Arbeitspreises für Pumpstrom.

Darüber hinaus wurden bereits in den letzten Jahren einzelne Entgeltkomponenten wie

- Netzverlustentgelt,
- Systemdienstleistungsentgelt,
- Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke,
- Kosten der Primärregelung,

für österreichische Erzeugungsanlagen eingeführt oder massiv erhöht. Diese Entgeltkomponenten gefährden die Versorgungssicherheit in Österreich und stellen einen massiven Wettbewerbsnachteil für österreichische Erzeuger dar, da Stromimporte aus angrenzenden EU-Nachbarstaaten nicht mit den Entgeltkomponenten, welche inländische Erzeuger zu tragen haben, konfrontiert werden.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu den §§ 1 und 3:

Obwohl der Entwurf Vorgaben hinsichtlich der Netzebenenanzuordnung der Anlagen enthalten sollte, sind diese Vorgaben in § 3 in Form der Eigentumsgrenzen für Netzebenen 4 bis 7 nicht mehr enthalten. Die entsprechenden Regelungen in der bisherigen Form haben sich bewährt und sollten daher jedenfalls wie bisher beibehalten werden.

Zu § 8:

Die gesetzlich vorgesehene Einbeziehung der Arbeitskosten der Sekundärregelung in die Systemnutzungstarife widerspricht dem Grundsatz der Kostenverursachungsgerechtigkeit.

Weiters wird angemerkt, dass die Höhe des festgelegten Tarifes nicht nachvollziehbar ist. Auch den Erläuterungen ist keine ausreichende Erklärung für die Höhe des Tarifansatzes zu entnehmen.

Trotz der gesetzlich vorgeschriebenen marktkonformen Ausschreibung der Sekundärregelung gemäß § 69 ElWOG 2010 steigen gemäß Entwurf die Tarife für die Systemdienstleistung um über 20% an. Es ist nahe liegend, dass der Tarifansatz nicht entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zur Abdeckung der anteiligen Kosten aus der Sekundärregelung ermittelt wurde, sondern weitere Komponenten Eingang gefunden haben müssen.

Es wird daher um eine entsprechende transparente Erläuterung dieser Tariffindung hinsichtlich Berechnungsmethode und Kostenbasis ersucht.

Zu § 10:

Vor dem Hintergrund der Einführung von Smart Metern ist die Reduktion der Höchstpreise insbesondere für Smart Meter fragwürdig. Wenn die Rahmenbedingungen der SNT-VO 2012 starke Anreize zur Beistellung von Smart Metern geben, ist in der Folge mit einer erhöhten Typenvielfalt zu rechnen, welche die Komplexität der ohnehin herausfordernden Umsetzung zusätzlich erhöht.

Zu § 11:

Generell ist anzumerken, dass die unter § 11 angeführten Verrechnungspreise weder kostenverursachungsgerecht gemäß § 51 ElWOG 2010 noch kostendeckend sind. Mit den Entgelten, die im Entwurf angeführt sind, wird sich dieser durch die Netzbetreiber hohe und kundenorientierte Servicelevel sicher nicht halten lassen. Es wird zu bedenken gegeben, falls die angeführten Verrechnungspreise nicht kostenverursachungsgerecht und

kostendeckend gestaltet werden, durch die Erlösunterdeckung die Mindererlöse in weiterer Folge durch das Regulierungskonto (tarifwirksam erstmals mit 2014) auf alle Netzkunden sozialisiert werden, wodurch es automatisch zu Tarifierhöhungen aus diesem Titel kommen wird.

Die in den bestehenden Preisblättern angegebenen Entgelte liegen weit unter den im Bundesgesetzblatt Nr. 141/1996 geregelten Höchstbeträgen. In anderen Sparten wie z.B. Telekommunikation, Banken, GIS etc. ist eine kostenfreie erste Mahnung nicht vorgeschrieben und auch nicht in Anwendung.

Bei Verschlechterung der Zahlungsmoral der Kunden wäre eine solche Maßnahme äußerst kontraproduktiv.

Es ist ebenfalls nicht nachvollziehbar, warum es keine Unterscheidung der Außenstandshöhen bei der Entgeltbestimmung mehr geben soll.

Weiters kann es sich bei den im Entwurf der SNE-VO 2012 angeführten sonstigen Leistungen lediglich um einen Auszug handeln, keinesfalls kann aus den angeführten Positionen ein Anspruch auf Vollständigkeit abgeleitet werden.

Es wird daher gefordert, dass insbesondere der Hinweis, dass neben diesen angeführten sonstigen Leistungen keine weiteren Verrechnungen erlaubt sind, entfällt.

Ebenfalls nicht berücksichtigt wird, dass durch den Netzbetreiber oftmals Tätigkeiten außerhalb der Normalarbeitszeiten (Geschäftszeiten) zu erbringen sind. Diese Rund-um-die-Uhr Verfügbarkeiten kosten natürlich mehr als reine Tätigkeiten während der normalen Geschäftszeiten (gesetzliche Aufschläge, Zulagen, Ruhezeitgesetz uvm.) und sind mit den Standardentgelten nicht annähernd abzudecken. Somit muss es für den Netzbetreiber möglich sein, falls ein höherer Aufwand (durch Kundenverschulden und/oder zusätzliche Kundenwunsch) bei der Erbringung der Zusatzleistungen entsteht, als sie der Berechnung der Pauschalsätze zugrunde gelegt sind, höhere Pauschalsätze zu verrechnen, die den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen.

Es wird daher davon ausgegangen, dass der Umfang der in § 11 der SNE-VO 2012 beschriebenen Leistungen nicht alle Leistungen, wie sie derzeit im Preisblatt des Netzbetrei-

bers für Nebenleistungen beschrieben sind, abdeckt und daher die Regelung des § 11 das Preisblatt nicht gänzlich ersetzt (siehe insbesondere die Regelung des § 12 Abs. 5).

Zu Ziffer 1:

Der Begriff „erste Mahnung“ kann als erste Mahnung in der Kundenbeziehung überhaupt verstanden werden oder aber auf jeden Rechnungslegungsprozess in dieser bezogen werden. Die Fälligkeit der Rechnung bleibt davon unberührt, ebenso die allfällige Verrechnung von Verzugszinsen. Bezüglich der Höhe der Entgelte für weitere Mahnungen ist festzuhalten, dass hier offensichtlich die Kostenverursachungsgerechtigkeit zu Gunsten des Gedankens der sozialen Verträglichkeit aufgegeben wurde.

Zu Ziffer 2:

Die Verweise auf § 9 sind nicht korrekt, dieser besteht nur aus Ziffern und nicht aus Absätzen. Bezüglich der Höhe des Entgelts in lit. b ist festzuhalten, dass hier wiederum die Kostenverursachungsgerechtigkeit gegenüber sozialen Gesichtspunkten in den Hintergrund gedrängt wurde. In diesem Fall erscheint dies deswegen nicht gerechtfertigt, da es sich um Lastprofilzähler handelt und somit um Kundenanlagen, die definierten Kriterien zu erfüllen haben. Aus diesen Kriterien (50 kW, 100.000 kWh) ergibt sich, dass es sich um gewerbliche Großkunden handeln muss, deren Schutzbedürftigkeit vor dem Hintergrund des neu eingeführten Begriffes der „Kleinunternehmen“ nicht gesehen wird.

Das Abgehen von der Verursachungsgerechtigkeit für diese Kundengruppe ist jedenfalls nicht gerechtfertigt.

Gleiches gilt für die Regelung in Ziffer 5.

Zu Ziffer 3:

Die Notwendigkeit, einen anderen als den vom Gesetzgeber definierten Höchstwert festzulegen, wird nicht gesehen. Die Erläuterungen enthalten dazu ebenfalls keinen Hinweis bzw. Begründung.

Zu Ziffer 4:

Die Entgeltfestlegung stellt zumindest klar, dass das Recht des Kunden nach § 81 Abs. 2 EIWOG 2010 nicht kostenlos ausgeübt werden kann.

Zu Ziffer 6:

Die Regelung der Überprüfung von Messeinrichtungen auf Wunsch des Netzbenutzers „durch eine Eichstelle“ ist unbestimmt und im Übrigen unzutreffend. Richtigerweise müsste es heißen „Befundprüfung durch das BEV“.

Der Funktionsumfang einer ermächtigten Eichstelle bezieht sich nur auf das Eichen von Zählern – der Zähler muss die Eichvorschriften erfüllen. Bei einer Überprüfung kommen andere Grenzwerte (Verkehrsfehlergrenzen) zur Anwendung. Die Eichstelle ist jedoch nicht befugt, ein Dokument ausstellen, welches die Richtigkeit des Zählers bestätigt.

Die Kosten von € 70 können sich nur auf die in § 9 Z. 5 – Z. 8 angeführten Zähler beziehen (Lastprofilzähler sind wesentlich komplexer und zeitintensiver zu überprüfen).

Die technisch-physikalische Prüfung ist von dem in § 11 Ziffer 6 lit. b geregelten Geschäftsfall jedenfalls nicht betroffen.

NÖ Landesregierung

Im Auftrag

Dr. S e i f

Landesamtsdirektor



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.
Hinweise finden Sie unter:
www.noel.gv.at/amtssignatur